VR-04-100 Wehrhaft für den Frieden - Grüne Rüstungspolitik europäisch neu definiert

Antragsteller*in: Sebastian Schäfer (KV Esslingen)

Änderungsantrag zu VR-04

Nach Zeile 100 einfügen:

- Es gilt, die parlamentarische Kontrolle der Rüstungsbeschaffung wesentlich zu verbessern. Bisher steht der Deutsche Bundestag ganz am Ende der Beschaffungskette. Das Parlament bekommt bis ins Detail ausverhandelte, unterschriftsreife Verträge vorgelegt. Wenn das Parlament von der Regierungsplanung abweichen will, führt dies zu großen Verzögerungen. Wir sehen die Notwendigkeit, dass der Deutsche Bundestag früher und strategischer in die Beschaffungsvorgänge der Bundeswehr als Parlamentsarmee einbezogen wird, auch um spätere Blockaden und Verzögerungen zu verhindern. Rüstungsbeschaffung ist ein hochsensibler Bereich. Es geht hier um den Kern unserer Sicherheitsarchitektur, am Ende um den Schutz und das Leben unserer Soldatinnen und Soldaten. Ein vom Plenum gewähltes Gremium, ähnlich dem Parlamentarischen Kontrollgremium oder dem Vertrauensgremium, das die Haushalte der Nachrichtendienste kontrolliert, könnte geheim tagen. Mit Expertise aus der Bundeswehr, dem Beschaffungsamt, den wehrtechnischen Dienststellen, der Wissenschaft und aus dem Bundesrechnungshof könnte ein wesentlich tieferes Verständnis für Rüstungsprojekte entwickelt werden werden, als es dem Haushalts- und Verteidigungsausschuss heute möglich ist. Damit könnte der Deutsche Bundestag möglichst frühzeitig in strategische Bedarfsanalysen eingebunden werden. So könnte einerseits eine bessere Kontrolle der Verausgabung von öffentlichen Mitteln ermöglicht werden, andererseits aber auch durch eine frühzeitige Begleitung ein möglichst schneller Ablauf von Beschaffungsprojekten erreicht werden.

Begründung

Wir sehen im Beschaffungsprozess zwei Kernprobleme: Wir betreiben parlamentarische Kontrolle wie vor der Zeitenwende, nur haben wir jetzt ein Vielfaches an Vorlagen und Volumina. Dabei tragen wir Verantwortung im Parlament wie nie zuvor. Die immensen Ausgaben für Beschaffung sind weitgehend schuldenfinanziert. Insofern benötigen wir eine verbesserte parlamentarische Kontrolle dieser Ausgaben.

weitere Antragsteller*innen

Sara Nanni (KV Düsseldorf); Samuel Olbermann (KV Düsseldorf); Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Michael Jahn (KV Esslingen); Michael Oberst (KV Berlin-Pankow); Colin Christ (KV Heilbronn); Sebastian Stölting (KV Gütersloh); Tanja Prinz (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Gregor Möllring (KV Bremen-Nordost); Marcel Ernst (KV Göttingen); Johannes F. Kretschmann (KV Sigmaringen); Christian Wahrheit (KV Leer/Ostfriesland); Paul Benter (KV Berlin-Mitte); Michael Gross (KV Biberach); Guilherme Oliveira (KV Böblingen); Ralf Lottes (KV Berlin-Pankow); Jennifer Biller (KV Mannheim); Peter Schober (KV Leipzig); Lucas Pöllinger (KV Schwandorf); sowie 96 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.